

- Beschluss -

Einbringer Politik Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke		
<i>Gremium</i> Bürgerschaft (BS)	<i>Sitzungsdatum</i> 29.06.2026	<i>Ergebnis</i> vertagt
Senat (S)	11.08.2026	behandelt
Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen (SoA)	31.08.2026	behandelt, aber nicht abgestimmt
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen (FA)	03.09.2026	abgelehnt
Hauptausschuss (HA)	07.09.2026	behandelt
Senat (S)	15.09.2026	behandelt
Bürgerschaft (BS)	21.09.2026	geändert beschlossen

Prüfauftrag zur Weiterentwicklung und Entbürokratisierung des Kultur- und Sozialpasses

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten zum Zwecke der Weiterentwicklung und Entbürokratisierung des Kultur- und Sozialpasses folgende Maßnahmen zu prüfen:
 - a. Die Kooperationsverträge mit den im Rahmen des Kultur- und Sozialpasses verpflichteten Trägern sollen von der aktuell praktizierten Spitzabrechnung auf eine Abrechnung mittels Pauschalen umgestellt werden. *Dabei sind die Pauschalen so zu bemessen, dass der bisherige Gesamtaufwand für Leistungen und Verwaltung nicht überschritten wird und die eingesparten Verwaltungskosten anteilig für die Ausweitung des Leistungsangebotes genutzt werden können.*
 - b. *Im Rahmen der Umstellung auf ein Pauschalverfahren soll geprüft werden, ob und in welchem Umfang der durch Verwaltungsvereinfachung erzielte Kostenvorteil dazu genutzt werden kann, den Kreis der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen auszuweiten sowie die Eigenanteile der Berechtigten zu senken oder in Schwerpunktbereichen ganz zu erlassen. Die Prüfung soll konkrete Vorschläge mit Kostenfolgenabschätzung enthalten.¹*

2. Der Oberbürgermeister wird gebeten der Bürgerschaft weitere oder alternative Vorschläge zu unterbreiten, um die Verwaltungskosten des Kultur- und Sozialpasses *dauerhaft*¹ zu senken, *seine Bekanntheit und Nutzung zu erhöhen sowie die sozial- und kulturpolitischen Ziele des Passes wirksamer zu erreichen. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob digitale Lösungen (z. B. ein stadtweites Berechtigungsnachweis-System) den Abrechnungsaufwand für Einrichtungen, Verwaltung und Nutzerinnen und Nutzer weiter reduzieren können.¹*

¹ vom Einbringer übernommener Änderungsantrag der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	6	5




Prof. Dr. Madeleine Tolani
Präsidentin der Bürgerschaft